
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

KNELL ZUM WOLFSMANAGEMENT

22.04.2020

- **Landesregierung schränkt Wolfsmanagement unnötig ein**
- **Argumentation überzeugt nicht**
- **Freie Demokraten fordern professionelles Vorgehen**

WIESBADEN – „In Nordhessen wurde Hessens zweite sesshafte Wölfin nachgewiesen - und was macht die Landesregierung? Sie schränkt das Wolfsmonitoring deutlich ein“, ärgert sich Wiebke KNELL, jagd- und landwirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag. Auf Anweisung des Umweltministeriums sollen gerissene Wildtiere derzeit nicht mehr dahingehend untersucht werden, ob ein Wolf den Schaden verursacht hat; es werden keine DNA-Proben entnommen. Argumentiert wird mit der Corona-Krise und dem Gesundheitsschutz der Gutachter. Knell überzeugt diese Argumentation nicht. „Die Untersuchungen der Tierkadaver erfolgen unter freiem Himmel, Hygienemaßnahmen und Schutzvorgaben können eingehalten werden. Außerdem werden weiterhin Nutztiere untersucht. Wo liegt denn da der Unterschied im Gesundheitsschutz der Gutachter?“, fragt Knell.

Sie erklärt, dass Untersuchungen gerissener Wildtiere wichtig seien, um das Aufenthaltsgebiet eines Wolfes zu bestimmen. „Die Probenentnahme bei gerissenen Wildtieren ist eine Art Frühwarnsystem für die Weidetierhalter über das aktuelle Wolfsgeschehen in ihrer Region. Es ist unsinnig zu warten, bis der Wolf auf Weiden vordringt, Nutztiere wie Schafe, Ziegen und Rinder reißt und damit großen Schaden anrichtet“, betont Knell. „Was den Wolf und die von ihm ausgehenden Gefahren betrifft, darf sich die Landesregierung der Realität nicht verschließen, indem sie Wildtierrisse nicht erfasst. Hessen braucht ein professionelles und funktionierendes Wolfsmanagement“, fordert Knell.

„Den Wolf zu romantisieren, hilft niemandem“, betont die jagd- und

landwirtschaftspolitische Sprecherin. Im Gegenteil: In Nordhessen seien nun auch in Regionen Tiere gerissen worden, wo bisher kein Wolf gesichtet wurde. So gebe es auch in ihrem Heimatort Neukirchen im südlichen Schwalm-Eder-Kreis einen Wolfsrissverdacht. Das lasse darauf schließen, dass es mehr Wölfe gebe als offiziell bekannt. „Die Bevölkerung muss wissen, wo Wölfe unterwegs sind und wo möglicherweise Gefahren drohen. Gerade jetzt, da viele Menschen Erholung beim Spaziergang in der Natur suchen, ist das umso wichtiger“, mahnt Knell.

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de